

2.4. Auf Antrag des Neuen Forums beschließt der Runde Tisch:

Der Frieden in unserem Land hängt im Moment in entscheidendem Maße von der Glaubwürdigkeit der Regierung ab. Das trifft besonders für die Maßnahmen bei der Auflösung des Staatssicherheitsdienstes zu.

Bisher gibt es jedoch seitens der Regierung keine selbständige Offenlegung der Strukturen und der Arbeitsweisen des ehemaligen MfS. Somit wurde eine effektive Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS durch die Bürgerkomitees immer noch nicht ermöglicht. Trotz wiederholter dringender Anfragen und Forderungen der Bürgerkomitees und der Opposition wird auch über die bisherige Vernetzung des MfS mit anderen staatlichen Organen und dem Apparat der SED nur stückweise und mit großer Verzögerung Auskunft gegeben. Somit kann immer noch nicht der Verdacht ausgeräumt werden, daß die derzeitige Regierung die verfassungswidrigen und menschenfeindlichen Praktiken des MfS vertuschen oder gar gegebenenfalls reaktivieren will. Die bisherige Verzögerungstaktik der Regierung bei der Offenlegung der Strukturen und Arbeitsweise des MfS hat auch zu einer undifferenzierten Vorverurteilung aller ehemaligen MfS-Mitarbeiter in der Öffentlichkeit geführt und erschwert deren Integrationsprozeß.

Eine friedliche und demokratische Zukunft unseres Landes ist ohne vollständige und wahrheitsgetreue Offenlegung der Vergangenheit und Gegenwart nicht denkbar. Deshalb fordern wir die Regierung dringend dazu auf,

1. Schweigeverpflichtungen und andere Abhängigkeiten aufzuheben, damit ungehinderte Ermittlungen möglich werden,
2. Rechtsfolgen für Falschaussagen gegenüber den an Ermittlungen beteiligten Personen unverzüglich zu definieren und inkraftzusetzen,
3. die Strukturen und die Arbeitsweisen des ehemaligen MfS sowie dessen Vernetzung mit anderen Staatsorganen und dem Apparat der SED detailliert offenzulegen,
4. die gegenwärtige Befehlslage der noch tätigen Mitarbeiter des ehemaligen MfS offenzulegen,
5. eine zentrale und bezirkliche Finanzrevision zu einer umfassenden Kontrolle und Aufdeckung der Finanzen und Finanzierungsarten des ehemaligen MfS/AfNS einzusetzen,
6. die Offenlegung und Sicherstellung der Archive und Akten der SED-PDS und ihrer für die innere Sicherheit zuständigen Gremien auf allen Leitungsebenen zu veranlassen,
7. die die innere Sicherheit betreffenden Akten und Materialien des Nationalen Verteidigungsrates und der Bezirks- und Kreis-einsatzleitungen offenzulegen und sicherzustellen,
8. Ermittlungsverfahren wegen Vernichtung von Beweismitteln gegen alle Personen einzuleiten, die für die Vernichtung bzw. Verbringung von Akten des MfS und der SED-Sicherheitsabteilungen verantwortlich sind,
9. keine grundsätzlichen Entscheidungen zur Auflösung des AfNS ohne die Zustimmung der Arbeitsgruppe Sicherheit des Runden Tisches zu treffen.